

Weltrundschau : USA in der Sackgasse ; Das Rätsel China ; Israel bleibt bestehen ; Unruhe im Sowjetblock ; Um Französisch-Kanada

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **61 (1967)**

Heft 9

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141300>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

gen und der gewaltsamen Aussiedlung von Dörfern ist einerseits der Widerstand gegen die amerikanischen Truppen und andererseits die Unterstützung der Nationalen Front (NLF) sehr gewachsen. Bekanntlich wurde die NLF 1960 in Südvietnam gegründet als Opposition gegen die Diem-Regierung, die ablehnte, mit Hanoi über allgemeine Wahlen zur Wiedervereinigung des Landes, wie sie im Genfer Abkommen von 1954 vorgesehen waren, zu verhandeln. Dargelegt werden auch im einzelnen der Stand, die Entwicklung und die Ziele der NLF und ihre Stellung zu Nordvietnam.

In den darauffolgenden Regierungen Diems und Kys vergrösserten sich die Spaltung und die Eskalation. Eingehend spricht der Verfasser über die Entstehung und Entwicklung des Katholizismus. Die Rolle der Viet Minh und ihres Führers Ho Chi-Minh wird eingehend erörtert.

Nichts in diesem Buch deutet auf Propaganda für oder gegen eine Sache hin. So muss die Darlegung der um sich greifenden Korruption in den südvietnamesischen Städten eine erschreckende Tatsache sein. Unter der Regierung Ngo Dinh Diem ging Macht und Geld vor allem an seine Familie (sein Bruder Ngo Dinh Thuc ist Erzbischof) und seine Günstlinge. Antikommunismus wird bei der Stadtbevölkerung zum einträglichsten Geschäft. Auch nach dem Sturz Diems und unter der gegenwärtigen Regierung Kys ist es nicht besser geworden. Sie wird vom Volk als der verlängerte Arm Washingtons angesehen. In Komfort und Sicherheit lebt, wer aus Antikommunismus und Krieg seinen Vorteil zieht. Diese Besitzenden können sich von der Musterung freikaufen. Sie verlangen nach keinen Änderungen in ihren Lebensverhältnissen, und der Krieg bedeutet für sie nur Profit. Gewinn ziehen auch Hunderttausende von Vietnamesen, indem sie im Dienste der Amerikaner stehen in ihren Stützpunkten und Stabsquartieren oder auf ihren Flugplätzen. Das gesamte Wirtschaftsleben richtet sich nach den Amerikanern. Sie bezahlen zehnfach bis zwanzigfach die landesüblichen Preise. Die gegenwärtigen Wohnungsmieten sind für die Einheimischen nicht mehr erschwinglich. Ein Hausbau kommt nicht in Frage, denn die Handwerker arbeiten für die Amerikaner. Wer keinen Zugang zu den amerikanischen Quellen hat oder sie nicht benutzen will, befindet sich in einer verzweifelten Lage.

Die *Flüchtlinge* (vor allem Bauern) leben grösstenteils aus den Abfallplätzen in der Nähe amerikanischer Einrichtungen. Grundsätzlich sollte der Flüchtling 8,5 Rappen erhalten, was für 60 g Reis reicht. Häufig verschwindet jedoch dieses Geld in den Taschen korrupter Ausbeuter. In erschreckendem Ausmass hat auch die Korruption zugenommen. Alle menschlichen Wertmassstäbe sind in diesem Lande zerstört worden. Nur ein Abbruch des Krieges kann diesem Zerfall unbeschreiblichen Elends bei den Nichtbesitzenden Einhalt gebieten. Abseitsstehen spricht nicht frei von Schuld. Thich Nhat Nanh schreibt: Die ganze Menschheitsfamilie wird mitschuldig, wenn sie nicht hilft, diesen Krieg zu beenden. H. Ks.

WELTRUNDSCHAU

USA in der Sackgasse Während im Nahen Osten mehr oder weniger Stille nach dem Sturm des Junikrieges herrscht, nimmt das Waffengetöse in *Vietnam* neuerdings auf beunruhigende Art zu. Das gilt vor allem für die amerikanischen Luftangriffe auf Nordvietnam, die nun auch ganz offen gegen dichtbesiedelte Städte wie Hanoi und Haiphong ausgedehnt worden sind. Aber auch die Kämpfe in Südvietnam leben wieder auf, höchstens da und dort durch die Rücksicht auf die «Wahlen» zur Nationalversammlung etwas unterbrochen. Dazu ist die Zahl der in Vietnam stehenden USA-Streitkräfte abermals um fast 50 000 Mann vermehrt worden, so dass sie nunmehr auf insgesamt 515 000 gestiegen ist. Dennoch will es mit dem Endsieg, der immer wieder als bereits in Sicht

gekommen erklärt wird, einfach nicht recht vorwärtsgehen. Man redet in Amerika tatsächlich mehr und mehr von einer richtigen *Sackgasse*, in die der Vietnamkrieg geraten sei, und die Meinungserforscher stellen übereinstimmend fest, dass schon über die Hälfte der jeweils befragten «typischen» USA-Bürger mit der Kriegführung der Regierung unzufrieden sei, wenn auch natürlich aus oft recht verschiedenartigen Gründen. Kein Wunder auch; die Verluste nehmen zu (bisher 12 000 Tote und 75 000 Verwundete, dazu auffallend viele Flugzeugverluste); die südvietnamesische Armee zerfällt mehr und mehr; wesentliche Gebietsgewinne der Amerikaner sind in den letzten Monaten nicht erzielt worden, während der Feind trotz seinen hohen Menschenverlusten an Zahl und Kampfkraft anscheinend eher zunimmt; die vielgerühmte «Befriedungsaktion» in Südvietnam aber erweist sich als Fehlschlag, während die Wahlen von vornherein nichts anderes als ein schlechter Scherz sein konnten.

Der amerikanischen Politiker bemächtigt sich allmählich eine bedenklich defätistische Stimmung, der die Militärführer vergebens mit dem Hinweis entgegentreten, ohne den Luftkrieg gegen Nordvietnam hätte dieses seine Streitkräfte im Süden nahezu verdoppeln und die Vereinigten Staaten zwingen können, ihre Armee auf 800 000 Mann zu bringen und die Kriegskosten um weitere 75 Milliarden Dollar zu steigern. Sogar Kriegsminister McNamara gab vor einem Senatsausschuss zu, dass man Nordvietnam «nicht an den Verhandlungstisch bombardieren» könne. Und der frühere amerikanische Botschafter in Saigon, Cabot Lodge, rechnet geradezu damit, dass die USA-Truppen 25 Jahre in Vietnam bleiben müssten, so wie sie schon seit 17 Jahren in Südkorea stünden. Von einem baldigen Rückzug der Amerikaner aus Vietnam ist jedenfalls an den massgebenden Orten weniger als je die Rede. Selbst wenn Präsident Johnson wollte, *könnte* er gar nicht aus der Sackgasse herauskommen, in die er sich verrannt hat. Es sind so viele persönliche, politische und wirtschaftliche Interessen mit dem Vietnamkrieg verknüpft, dass sich alles, was Einfluss und Gewicht hat, aufs äusserste gegen einen ergebnislosen Abbruch des Abenteuers sträubt. Und wenn man daran erinnert, dass schliesslich auch Frankreich aus Algerien heraus musste und dabei moralisch eher gewann, so wird auf der anderen Seite darauf verwiesen, dass die innere Lage in den Vereinigten Staaten heute um vieles schlimmer sei als die damalige Lage Frankreichs, das immerhin an den Rand eines Bürgerkrieges kam, bevor es Algerien aufgab.

Andrew Kopkind, ein recht nüchtern urteilender Beobachter des inneramerikanischen Schauplatzes, malt im Pariser «Nouvel Observateur» (Nr. 145) schon heute die Zukunft der Vereinigten Staaten in düsteren Farben. «Der Vietnamkrieg», so schreibt er, «ist keine gewöhnliche Katastrophe; er ist kein Wirbelsturm, der 36 Stunden lang Verwüstungen anrichtet und sich dann im Meer verliert. Dieser Krieg ist ein vollständiger Zusammenbruch für die amerikanische Gesellschaft, die – nicht mehr und nicht weniger – im Begriff steht, sich in Indochina zu zerstören... Amerika wird sich nie vom Vietnamkrieg erholen, und wenn er einmal zu Ende sein wird, dann wird das Land anders aussehen.»

Inzwischen verschärfen sich schon jetzt die gesellschaftlichen Gegensätze in den Vereinigten Staaten auf eine herausfordernde Art und Weise. Wohl dehnt sich die amerikanische Wirtschaft – nicht zuletzt dank dem Vietnamkrieg – noch immer weiter aus, so dass die Lebenshaltung der Volksmehrheit eine Höhe erreicht hat wie noch nie in der menschlichen Geschichte. Aber andererseits hat sich in den letzten zwanzig Jahren die Lage der sozialen Unterschicht – und sie umfasst immerhin mindestens 40 Millionen Menschen, ein Fünftel der Gesamtbevölkerung – nicht gehoben, so dass der Abstand zwischen den «zwei Nationen» noch grösser geworden ist als früher. Bittere, verworfene Armut, die den Menschen völlig entwürdigt, gehört, wie Michael Harrington in seinem so erschütternden Buch «The Other America» nicht müde wird zu betonen, zu den (bisher) bleibenden Gesichtszügen der Vereinigten Staaten. «Armut», so stellt er fest, «bildet in Amerika einen Kulturzustand, eine Lebens- und Empfindungsform... Es ist entscheidend wichtig, diesen Gedanken ins allgemeine Bewusstsein zu bringen, beeinflusst er doch tief den Ort, wo man ansetzen muss, um die Armut zu zerstören.»

Aber was geschieht tatsächlich? All die amtlichen und privaten Pläne für die Zerstörung der Armut in den USA sind über bescheidene Anfänge der Verwirklichung auch unter der Regierung Johnson nicht hinausgekommen. Und dies wiederum als eine der innerpolitischen Rückwirkungen des Vietnamkrieges, der eben wahnwitzige Summen von Geld und Kraft verschlingt und alle anderen Aufgaben in die zweite, dritte und vierte Reihe verweist. Aber auch abgesehen davon, wird der Kampf gegen die Armut in den USA ganz und gar nicht als *die* grosse nationale Aufgabe empfunden. Wie Harrington sagt: «Unser Land scheint in einem Widersinn verfangen zu sein. Weil seine Armut nicht so tödlich ist, weil so viele einen anständigen Lebensstandard geniessen, herrscht Gleichgültigkeit und Blindheit gegenüber der Lage der Armen.» Was wunder, dass die Menschen in Vietnam sagen, Amerika habe entschieden Besseres zu tun, als seine Lebensform ausgerechnet *ihnen* mit Gewalt aufzwingen zu wollen! «Es besteht nicht der mindeste Grund», schreibt der Londoner «New Statesman» (4. 8. 1967), «warum die Vietnamesen die Vereinigten Staaten als vertrauenswürdigen Führer annehmen sollten oder als besseren Ratgeber denn ein China, in dem zumindest überwindbare Armut nicht inmitten von Fülle weiterbesteht. Sie haben vielmehr guten Grund zu der Annahme, dass sie, wenn sie über ihr Schicksal selber bestimmen könnten, imstande wären, eine bessere Gesellschaft aufzubauen als jenes grosse, aber verfehlte (amerikanische) Muster. Frieden in Vietnam ist jetzt die Voraussetzung sowohl für den Weltfrieden als für den Wiederaufbau in Vietnam und für bessere Zustände in den Vereinigten Staaten.»

Das Rätsel China Dass der Vietnamkrieg eine ständige Gefahr für den Weltfrieden überhaupt ist, erscheint wie ein Gemeinplatz, muss aber dennoch immer wieder gesagt werden. Das empfindet man vielleicht am stärksten in der Sowjetunion, wo die Zusammenarbeit

mit Amerika der oberste Glaubenssatz einer Politik ist, die einen neuen Weltkrieg vermeiden will. Die heftige Antwort der sowjetischen Presse auf die jüngste Steigerung der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam, die die Welt «Schritt für Schritt an einen gefährlichen Abgrund treibe», ist wirklich mehr als nur routinemässige Anklage gegen die Vereinigten Staaten; sie ist Ausdruck einer echten Besorgnis, die wir alle teilen. Hier liegt zweifellos auch ein Grund für die allerdings übertrieben grell ausgemalte Darstellung der *innerchinesischen Wirren* durch die sowjetischen Propagandaorgane. Denn je offenkundiger sich die chinesische «Kulturrevolution» allmählich zu einem Kampf aller gegen alle entwickelt, um so näher liegt für die um Mao gescharte Führerschaft die Versuchung, sich durch die Vereinigten Staaten nun doch zum Krieg herausfordern zu lassen, um auf diese nicht mehr ungewöhnliche Art die nationale Einigkeit wiederherzustellen. Und je deutlicher den Amerikanern diese Möglichkeit vor Augen geführt wird, desto eher kann man hoffen, dass die Schraube ohne Ende, als die ihre «Eskalation» in Vietnam jetzt erscheint, doch einmal und endgültig fest angezogen wird. Der kürzliche Abschuss zweier amerikanischer Flugzeuge, die sich in den chinesischen Luftraum verirrt hatten, durch die wachsame Abwehrartillerie der Chinesen darf sich kaum allzuoft wiederholen, ohne dass daraus grösstes Unheil entsteht. Wie gereizt man in Peking ist, lehrt auch – abgesehen von Nadelstichen wie die unwürdigen chinesischen Noten an den schweizerischen Bundesrat wegen der Aufnahme von Tibetflüchtlingen in unserem Land – der mehr oder weniger kalte Krieg der Regierung Maos gegen England wegen Hongkongs, das ja mit Leichtigkeit zu erobern wäre, wenn es den Chinesen wirklich auf eine solche Machtprobe ankäme.

Die Volksrepublik China wird gewiss von schweren, oft blutigen Wirren geschüttelt, die vielfach nicht viel anderes sind als Bürgerkrieg. Der Widerstand gegen Maos «Kulturrevolution», die jetzt vor einem Jahr in ihren wohl entscheidenden Abschnitt eingetreten ist, drückt sich gegenwärtig besonders in einem zunehmenden Abfall einflussreicher Militärführer von der Pekinger Zentralregierung aus. Von den Kommandanten der 13 Militärbezirke ist bereits eine ganze Anzahl – wie viele und genau welche ist unklar – ins maogegnerische Lager übergegangen oder geht doch eigene Wege. Am gefährlichsten war für Peking die Unbotmässigkeit des Oberbefehlshabers in Wuhan, die freilich schnell unschädlich gemacht wurde und nicht auf Nachbarbezirke übergreifen konnte. Aber auch in Kanton, Szetschuan, Schansi und Kueitschau (um nur einige Aufstandsherde zu nennen) ist die Lage für Mao kritisch geworden, und seine grosse Furcht ist, dass die Armee als Ganzes oder doch in ihren Hauptbeständen sich auf die Seite der Opposition schlagen könne, mit Liu Schao-tshi als politischem Führer, der als Staatspräsident zwar seiner Macht entkleidet, aber doch nicht förmlich abgesetzt worden ist.

Reichlich unklar bleibt dabei immer, was für Kräfte und Strebungen nun tatsächlich hinter den beiden sich befehdenden Lagern wirken. Dass es sich um einen Kampf zwischen sozialistischem Fortschritt und kapitali-

stischer Reaktion handle, wie das auf seiten Maos und der «Roten Garde» mit monotoner Hartnäckigkeit behauptet wird, ist – wie hier wiederholt gesagt wurde – ganz unwahrscheinlich. Glaubhafter tönt, was Wolf Schenke, der Herausgeber der Hamburger «Neuen Politik» (26. August) schreibt: «Der Streit, der zwischen Mao und seinen Anhängern und Liu Schao-tschü mit seinen Gefolgsleuten akut mindestens seit 1958 im Gange ist, geht *nicht* um die Frage, ob man für China eine sozialistische oder kapitalistische Ordnung will. Er ist eine Auseinandersetzung nicht um das *Ziel*, sondern um Methode und Vorgehen, er ist ein Streit um das *Tempo*.»

Lius politische Linie sei etwa die: «Erst die Wirtschaft nach alten Gesichtspunkten zur Prosperität bringen, dann den Sozialismus einführen. Welches Chaos wäre auch ausgebrochen, wenn sich schon 1949 die damals vollkommen ungebildeten Arbeiter in den Besitz der Fabriken gesetzt und Eigentümer, Manager wie Ingenieure vertrieben hätten! Dann wandte sich Liu 1958 gegen den ‚Grossen Sprung vorwärts‘ und die, wie er meinte, überstürzte Einführung der Volkskommunen und unterstützte dabei den früheren Oberbefehlshaber der Armee Peng Teh-huai in seiner Kritik, deretwegen er auf der 8. Sitzung des 8. Zentralkomitees in Lushan im August 1959 abgesetzt wurde.»

Warum dann aber die gerade im vorliegenden Fall so irreführende Vereinfachung des Gegensatzes zwischen den beiden Kampfgruppen auf die Formel: «Revolutionärer Sozialismus gegen Wiederherstellung des Kapitalismus»? Schenke antwortet darauf: «Hunderte von Millionen Menschen unter den chinesischen Massen, sind heute noch nicht in der Lage, feinere Unterschiede in einem politischen Streit um Methoden und Tempo zu verstehen, wenn ihre Parteinahme gewünscht wird – und hier geht es um eine fundamentale Auseinandersetzung um die einzuschlagende Richtung. Da kann man diesen Massen nur mit Vereinfachungen – und welchen Massen wo eigentlich nicht? – mit Schwarz-Weiss-Malerei und Freund-Feind-Denken kommen. Die grössten Auswüchse in der Terminologie erklären sich im wesentlichen aus dieser Notwendigkeit.»

Notwendigkeit? Das nehmen wir nicht an. Bei allem Verständnis für die Unmöglichkeit, jahrhundertlang zurückgebliebenen und von den «fortgeschrittenen» Ländern ausgebeutete Völker ohne obrigkeitlichen Zwang auf den Weg einer planvollen Gemeinwirtschaft zu führen, halten wir daran fest, dass die im neuen China übliche geistige Gleichschaltung der Massen etwas ganz Unwürdiges ist, eine Vergewaltigung des freien Denkens dieses so hochbegabten Volkes, die auch dadurch nicht viel von ihrem abstossenden Charakter verliert, dass Maos Methoden sittlich ungleich höher stehen als diejenigen Stalins und seiner Nachahmer. Beherzigenswert ist hingegen die Mahnung, die der Verfasser des Artikels in der Hamburger Wochenschrift am Schluss ausspricht: im Urteil über China nichts zu überstürzen, vielmehr ruhig abzuwarten, was schliesslich bei den inneren Auseinandersetzungen im Reich der Mitte herauskomme: «Eines jedenfalls scheint mir jetzt schon gesagt zu werden können: Die alten Massstäbe, die an das alte China anzulegen waren, wenn es Unruhe gab, kann man an die derzeitigen Vorgänge

im heutigen China nicht anlegen. Alle Erwartungen von einem Auseinanderbrechen sind wahrscheinlich grundfalsch. Es geht um die innere Verfassung, nicht um die *Einheit* Chinas.»

Israel bleibt bestehen Im Nahen Osten hat sich in der Berichtszeit äusserlich nicht viel geändert. *Israel* hält die von ihm besetzten Gebiete fest, um für ihre Räumung die Anerkennung seines staatlichen Daseins durch die arabischen Staaten eintauschen zu können. Die *Araber* hingegen zeigen sich – als Ganzes genommen – durch ihre Niederlage innerlich noch immer derart verwundet, dass von Friedensverhandlungen vorerst keine Rede ist. Also hat der israelische Blitzsieg eben doch sein Ziel verfehlt und nur die alte Wahrheit bestätigt, dass Krieg keine Frage löst und höchstens zu den bisherigen Schwierigkeiten noch weitere schafft? Gemach! So primitiv darf man auch und gerade als Gewaltgegner und Friedensarbeiter nicht denken, wenn man nicht einem abstrakten Pazifismus huldigen will, der das Bemühen um wirkliches Friedensschaffen nur neuerdings in Verruf bringt. Das gilt besonders von einem auf *christlichem* Boden gegründeten Pazifismus, der sich doppelt davor hüten muss, dem weltläufigen Vorurteil neue Nahrung zu geben, die Botschaft Jesu eigne sich nicht zur Anwendung auf die praktischen Alltagsaufgaben und namentlich nicht zur Lösung «realpolitischer» Machtfragen. Bei aller Hochachtung vor den Männern und Frauen, die die Christliche Friedenskonferenz und ihr so wichtiges, verdienstvolles Werk tragen, kann wenigstens der Schreibende der Erklärung des Arbeitsausschusses der Konferenz nicht zustimmen, Frieden im Nahen Osten sei «nur möglich, wenn die israelischen Truppen hinter die Grenzen vom 4. Juni 1967 zurückgenommen werden und die unmenschliche Vertreibung von Arabern aus den besetzten Gebieten sofort beendet wird», so wie das ja auch und vor allem die Sowjetunion und ihre Gefolgsstaaten fordern. (Vgl. «Neue Wege», Juli-August-Heft, Seite 210.)

Das Begehren um einen solchen Rückzug Israels schliesst natürlich auch eine Verurteilung des israelischen Losschlagens am 5. Juni in sich, die ich – wie die Leser wissen – für ebenso ungerecht halte wie die Zumutung, auf die politische Auswertung von Israels militärischem Sieg über seinen Gegner zu verzichten. Dazu hat der israelische Ministerpräsident Eschkol ein gutes Wort gesprochen, als er von einem sehr bekannten westdeutschen Zeitungsmann über die von seinem Land verlangten *Garantien* für Israels Weiterbestehen befragt wurde¹. «Was ist eine Garantie in diesem 20. Jahrhundert? Wer kann garantieren?», fragte er einmal den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Und als ihn dieser auf den Schutz des Friedens durch die amerikanische Mittelmeerflotte verwies, erwiderte er: «Wenn die Ägypter uns angreifen und wir Ihnen ein Telegramm schicken, Herr Präsident, sind Sie vielleicht in Vietnam beschäftigt, und dann sagen Sie: ‚Moment mal, ich muss jemanden schicken, um nachzusehen, was los ist und wer den ersten

¹ Man lese den vollen Wortlaut des aufschlussreichen Gesprächs zwischen Eschkol und Rudolf Augstein in den Nummern 346 und 357 der «Nationalzeitung» nach.

Schuss abgefeuert hat.⁴ Als ob Scharm-el-Scheik nicht der erste Schuss war! Oder, Herr Präsident, vielleicht sind Sie irgendwo auf der Jagd oder in Texas, oder Sie sind krank? Ein oder zwei oder drei Tage sind genug, um Israel zu vernichten. Also was ist die Garantie? Oder Sie werden sagen, dass Sie den Senat fragen müssen.»

Es ist mit den Garantien für Israels Lebensrecht vor dem 5. Juni 1967 noch viel schlimmer gewesen, als Eschkol vorausnahm; weiteres Stillsitzen hätte Israel so gut wie sicher einfach das Leben gekostet – und die «Garantiemächte» hätten ihre Hände in Unschuld gewaschen... Kann man es darum Israel verargen, dass es *auch jetzt* seine ganze staatliche Zukunft nicht von Verhandlungen mit «Garantiemächten» abhängig machen will, die zum Teil – wie die Sowjetunion – hundertprozentig auf seiten der wie schon vor dem 5. Juni vollkommen verhandlungsunwilligen arabischen Regierungen stehen, vielmehr seine Machtmittel nicht aus der Hand geben will, bis es sich *wirklich* gesichert fühlen kann? «Die Frage ist», bemerkte Eschkol gegenüber Augstein, «die einer *echten* Garantie mit der Überzeugung tief in unserem Herzen, dass wir nicht eines Tages vernichtet oder ins Meer getrieben werden, wie es Nasser bisher wollte, manchmal zweimal in der Woche.»

Wenn also jetzt gesagt wird: «Alles wird darauf ankommen, ob Israel sich auf vernünftige Friedensbedingungen einlässt²», so muss man umgekehrt verlangen, dass sich die *arabischen Staaten* auf vernünftige Friedensbedingungen einlassen, indem sie (wie auch der Britische Kirchenrat wünscht) vor allem die staatliche Existenz Israels endlich anerkennen. Dann wird Israel die militärischen Pfänder, die es im Krieg gewonnen hat, nur zu gern herauszugeben bereit sein. Wobei freilich – und ich glaube mit Recht – die Altstadt von Jerusalem ausgenommen werden muss, vielleicht auch der schmale Gazastreifen, der für Ägypten wertlos geworden ist, für Israel aber in ägyptischem Besitz unnötig störend bliebe. Von «Eroberungen» in diesen beiden Fällen zu reden, wäre abgeschmackt, während allerdings Westjordanien am besten wieder an Ostjordanien angeschlossen würde, so unnatürlich die bisherige Westgrenze Jordaniens auch sein mag.

Noch ist es zu früh, zu erwarten, dass Israels arabische Nachbarn offen zugeben: An dem dauernden Dasein eines jüdischen Staatswesens ist nach drei Waffengängen, die Israel bestanden hat, nicht mehr zu rütteln. Mag auch besonders in Jordanien eine versteckte Neigung zur Anerkennung Israels vorhanden sein, mag der Präsident von Tunesien (das freilich nicht an Israel grenzt) offen eine «realistische» Schwenkung der arabischen Politik gegenüber Israel befürworten – der Schmerz über die militärische Demütigung der Araber durch Israel sitzt noch zu tief, als dass wirkliche Friedensverhandlungen in absehbarer Zukunft möglich wären. Dazu kommt die aus recht verschiedenartigen Quellen gespiesene Uneinigkeit unter den arabischen Ländern, besonders auch der Gegensatz zwischen den sich fortschrittlich-sozialistisch gebenden Gruppen, die sich nur zu bereitwillig in

² Dr. H. Kloppenburg, «Neue Wege», Juli-August-Heft, Seite 207.

den Krieg flüchteten, und den konservativ-feudalen Kräften, die meistens in den Erdöl verkaufenden Staaten sitzen und wenig Grund zur Aufrechterhaltung des Kriegszustandes haben. Es muss vielleicht ein völliger Umschwung der Weltlage eintreten, damit all diese auf arabischer Seite wirksamen Hemmungen überwunden werden können und eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Israel im Dienste der *grosszügigen Modernisierung des Nahen Ostens* und der Hebung seiner verelendeten Volksmassen auf eine menschenwürdige Stufe möglich wird.

Ähnliches gilt von Israel. Die Schaffung einer Heimstatt für einen letzten Kern des jüdischen Volkes fiel ja in eine Zeit, da die internationale Anarchie – das Faustrecht im Verkehr der Völker – sich besonders ungehemmt auslebte. So fühlte sich auch der junge Judenstaat gezwungen, entgegen der ganzen Sendung Israels dem Gesetz zu gehorchen, nach dem er angetreten war, und einen nationalen Militärstaat zu entwickeln, der es «den andern Völkern» an «Realpolitik» und Waffengebrauch gleich tat. Dass dieser Weg nur vorübergehend ein gewisses Recht haben könne und Israel immer bewusster zu seiner wirklichen Aufgabe, *Gerechtigkeit und Frieden im Völkerleben* vorbildlich zu verkörpern, zurückfinden müsse, das ist den Besten in seiner Mitte längst klar geworden und wird es unter dem Eindruck des siegreichen Krieges von gestern noch klarer.

Wie sich diese Wendung greifbar politisch ausdrücken soll und kann, das ist freilich nicht leicht zu sagen. Zweierlei gehört jedenfalls dazu. Einmal Abkehr von jener nur der Not gehorchenden Anlehnung an die westlich-kapitalistische Welt, die Israel den demagogisch-gehässigen Vorwurf eingetragen hat, Brückenkopf und Werkzeug des amerikanisch-britischen Imperialismus im Orient zu sein. Und dann Wegbereitung für eine Ablösung der internationalen Anarchie durch eine zwischenstaatliche Rechts- und Friedensordnung, die Waffengewalt nur noch als Mittel unparteiischen Ordnungsschaffens gebraucht, nicht mehr zur Durchsetzung irgendeines Gruppenfaustrechts, mag dieses auch heuchlerisch-anmassend als Weltgendarmementum verkleidet auftreten, das, sei's revolutionär, sei's reaktionär, einen weltgeschichtlichen Auftrag im Dienste höchster Menschheitszwecke vollstrecken zu müssen vorgibt. Möge es Israel gegeben sein, diesen Weg zu finden und zu gehen!

Unruhe im Sowjetblock Nun wäre auch Verschiedenes über international-politische Vorgänge der letzten Wochen zu sagen, die nicht unmittelbar mit dem Nahostkonflikt zusammenhängen. Ich denke an den nun doch zustande gekommenen sowjetisch-amerikanischen Entwurf zu einem Atomsperrvertrag, an Englands militärische Abrüstung «östlich von Suez», an die (vermeintliche) Besserung der westdeutsch-amerikanischen Beziehungen, an die Selbstzerfleischung Nigerias, die Dauernöte des Kongos und dergleichen Dinge. Doch kann über all das auch ein andermal geredet werden. Hingegen scheint es gegeben, noch schnell einen Blick auf gewisse Entwicklungen im *Sowjetblock* zu werfen, besonders soweit sie mit der Nahostfrage zusammenhängen.

Die Sowjetunion selbst hat sicher nicht offen die arabische Zerstörungspolitik gegen Israel gebilligt, dessen Wiederaufleben als Staat ohne ihre Mitwirkung kaum möglich gewesen wäre. Aber sie hat Syrien und Ägypten gegen Israel scharf gemacht, das sie unwahrerwise beschuldigte, einen Marsch gegen Damaskus zu planen. Und sie ist Wache gestanden, damit niemand – vor allem nicht Amerika – versuche, Israel wirksam in seiner Abwehr der *arabischen* Kriegsabsichten zu helfen. Moskau hat tatsächlich alles getan, um den arabischen Staaten freie Hand zu lassen, und nichts Wirksames unternommen, um den Frieden zu sichern, der in erster Linie vom Scheitern der arabischen Pläne abhing. Ganz logischerweise empfindet darum die Sowjetregierung die Niederlage der Araber als eigenen Misserfolg und bemüht sich jetzt, durch massive Lieferungen von Kriegsgerät besonders an Ägypten und Syrien einen arabischen Vergeltungskrieg zu ermöglichen. Ein Bericht aus Tel Aviv von Ende August (von der Associated Press weitergegeben) macht darüber genaue und durchaus glaubhafte Angaben, die sich auf den bekanntlich erstklassigen israelischen Spionagedienst stützen, aber für die volle Durchführung der arabischen Wiederaufrüstung doch mit einem Zeitraum von etwa drei Jahren rechnen.

Trotzdem wäre es verfehlt, anzunehmen, dass diese Politik Moskaus im ganzen Bereich des Sowjetlagers Zustimmung finde. Namentlich die jüngeren Jahrgänge und ein grosser Teil der Intellektuellen in den kommunistischen Ländern (in deren Reihen die Juden recht zahlreich sind) machen dagegen teils offen, teils im stillen Front. In *Polen* und *Ungarn* soll die Kritik an der Moskauer Nahostpolitik besonders lebhaft sein, und dass in *Ostdeutschland* die Mehrheit der Bevölkerung für Israel Partei nimmt, steht ausser allem Zweifel. *Rumänien*, das durch seinen «starken Mann» Ceausescu Ende Juli seine aussenpolitische Unabhängigkeit von der Sowjetunion neuerdings scharf betont zum Ausdruck gebracht hat, missbilligt die sowjetische Hilfsstellung für die Araber ganz ungescheut.

In der *Tschechoslowakei* und weit darüber hinaus hat namentlich der *Fall Mnacko* Aufsehen erregt. Ladislav Mnacko ist der volkstümlichste und am meisten gelesene Schriftsteller der Tschechoslowakei, Träger höchster Auszeichnungen und unzweifelhafter kommunistischer Patriot. Er ist aber (oder gerade darum) gegen die amtliche Verketzerung Israels, der er freilich nicht so ungeschminkt, wie er mochte, in seinem Heimatland Ausdruck geben konnte, so dass er sich nach Israel geflüchtet hat, das er seit langem kennt. Zur Strafe hat ihn der Parteiapparat ausgestossen und ihm sogar die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft absprechen lassen. Ein paar Sätze aus einer Erklärung, die Mnacko in Israel abgegeben hat, mögen auch hier stehen:

«Ich weiss, dass man jemandem, der über Israel niemals richtig informiert wurde, alles mögliche über die Vorgänge dort einreden kann. Mir kann man über Israel nichts einreden. Ich war zweimal dort unten, immer für längere Zeit. Es ist ein sehr kleines Land. Man kann es, zumindest optisch, schnell erfassen, und man kann sich mit den Problemen schnell bekannt machen. Ich weiss, dass die UNO-Streitkräfte dort zur Bewachung

der Grenze notwendig sind; aber für das Wohl der Welt wäre es vielleicht günstiger, ein Beobacherteam der Vereinten Nationen mit einer anderen Aufgabe dorthin zu schicken, eine Studiengruppe, die die phantastische Aufbauleistung dieses Landes kennenlernt: Wie man aus einem Ödland einer Wüste doch brauchbares Land macht. Ich würde dorthin alle Vorsitzenden unserer landwirtschaftlichen Kooperativen schicken. Dort könnten sie lernen, wie man es macht.

Aber darüber erfährt unsere Bevölkerung überhaupt nichts. Man erzählt nur, dass ein Zweieinhalb-Millionen-Volk die arabische Welt vernichten will. Wir waren auch schon in einer Situation, wo wir eine ‚tödliche Gefahr‘ und ‚Bedrohung‘ für eine Grossmacht waren. Es scheint, dass die kleinen Völker eine ganz perverse Neigung haben, die grossen Völker zu bedrohen und zu vernichten. Dass dies so ist, erklärt man heute im Falle Vietnam genauso wie im Falle Israel.

Ich habe in Israel viele Freunde. ... Mir liegt heute mehr daran, dass jene paar Freunde, die ich mir im Leben erworben habe, mich verstehen und mich schätzen, als dass mich eine Regierung verstehen würde, die ich nicht allzu sehr schätze. Ich muss diesen paar Menschen, die mich gern haben, sagen: ‚Nein, ich stimme mit dieser Politik nicht überein.‘ Koste es, was es koste.

Das System in der Tschechoslowakei muss in ganz umfassendem Masse geändert werden, wenn wir als sozialistisches, als humanitäres, als gesundes Land bestehen wollen. Dieses Chaos, diese Elastizität der Gesetze, diese Möglichkeiten zur Umgehung der Gesetze und, wo es den Machthabern passt, auch solche Gesetze anzuwenden, die auf den bestimmten Fall gar nicht passen, diese Willkür muss beseitigt werden.

Wir haben lange Jahre hindurch verlangt, dass die Zensur legalisiert werden soll. Sie ist heute ‚legalisiert‘, aber sie arbeitet heute mit ebensolchen illegalen, anonymen Mitteln wie früher. Ich habe es satt, danach zu schreien, dass mit dem Oberzensor der Slowakei ein Intelligenztest gemacht werden soll. Ich habe es satt, hinauszuschreien, dass die Zensur etwas Unmoralisches ist. Und ich habe mich zu anderen Schritten entschlossen.»

Natürlich wird niemand den Fall Mnacko verallgemeinern wollen. Es gehört schon ein ungewöhnlicher Mut und eine ebenso ungewöhnliche Ehrlichkeit dazu, einen Schritt zu tun, wie ihn Mnacko getan hat – tun *musste*, wenn er seiner Überzeugung treu bleiben wollte. Dass aber die Gesinnung, aus der Mnacko handelte, doch nicht vereinzelt dasteht, vielmehr der Widerspruch gegen die von Moskau diktierte Israelfeindschaft auch in der Tschechoslowakei viel weiter verbreitet ist, als es angesichts des Zensursystems den Anschein hat, das glaube ich schon³. Und in den anderen Ländern des Ostblocks wird es ähnlich stehen. Die Frage ist nur, ob das auf die Moskauer

³ Diese Vermutung wird bestärkt durch den ins Ausland geschmuggelten Aufruf von über 300 tschechoslowakischen Schriftstellern, Künstlern und Gelehrten, die die gesamte freie Welt bitten, «die geistige Freiheit und die Grundrechte jedes vom Terror der Staatsgewalten bedrohten Künstlers retten zu helfen». Der Aufruf ist in der Londoner «Sunday Times» veröffentlicht worden.

Regierung irgendwelchen Eindruck macht und sie veranlasst, ihre kostspielige Politik der Aufrüstung Ägyptens, Syriens usw. zu einem neuen Versuch, Israel auszuradieren, wirklich zu ändern. Das glaube ich allerdings nicht. Das Höchste, was man erwarten kann, ist, dass die Sowjetunion mit Amerika zusammenarbeitet, um – wie in bezug auf Vietnam – die Erweiterung eines Regionalkrieges auch im Nahen Osten zu einem Weltkrieg zu verhindern.

Um Französisch-Kanada Schliesslich aber noch ein Wort zu bestimmten Vorgängen auf einem Schauplatz, der etwas abseits zu liegen scheint, der aber durch General de Gaulles Besuch in *Kanada* eine Zeitlang Mittelpunkt vieler Auseinandersetzungen war. Dass es ein *Problem Welschkanada* gibt, wird gewiss jedem bewusst, der – wie es dem Schreibenden seinerzeit möglich war – auch nur acht Tage in Kanada weilt. Mehr als 30 Prozent der Bevölkerung Kanadas (von 18 Millionen) sind französischer Abkunft. Ihre grosse Mehrheit lebt in der Provinz Quebec, die immerhin auch fast ein Fünftel «Nichtfranzosen» aufweist. Ihre grösste Stadt ist Montreal mit über zwei Millionen Einwohnern, von denen 70 Prozent französisch reden. Herr de Gaulle erzählte daheim, er habe in der Provinz Quebec «eine ungeheure französische Inbrunst» vorgefunden, und er glaubte, eine seiner «geschichtlichen Sendungen» bestehe darin, die *Selbständigkeitsbewegung* der Französisch-Kanadier kräftig fördern zu müssen. Aber offenbar war er sich über diese Bewegung doch nicht recht im klaren. Das Schlagwort «Vive le Quebec libre!», das er gebrauchte, ist nur die Losung einer kleinen Minderheit der Französisch-Kanadier (13 Prozent), die vom Bundesstaat Kanada weg und einen eigenen Staat haben wollen. Weit aus die Mehrheit der Welschkanadier huldigt nur einem massvollen Nationalismus, dessen Ziel eine grössere Selbständigkeit der Provinz (oder «des Staates» Quebec, wie sie lieber sagen) im Rahmen des Bundesstaates ist, ähnlich wie das auch in unserem bernischen Welschjura der Fall ist.

Dass eine solche Autonomiebewegung überhaupt aufkommen konnte, hat eine Reihe von Ursachen. Die Französisch-Kanadier fühlen sich immer noch als eine nicht ganz für voll genommene, ja in ihren Rechten mannigfaltig verkürzte Minderheit, auch nach dem Zusammenschluss der bei England verbliebenen nordamerikanischen Kolonien mit den ursprünglich französischen Siedlungsgebieten zu einem Bundesstaat unter britischer Oberhoheit vor jetzt hundert Jahren, am 1. Juli 1867. Dazu gehört es, dass ausserhalb von Quebec Englisch durchaus die Normalsprache ist, auch in der Bundesverwaltung, im Parlament und besonders im Geschäftsleben. Montreal zum Beispiel macht vollkommen den Eindruck einer angelsächsischen Grossstadt, und in der Hauptstadt Quebec selber wie anderswo in der Provinz fällt es keinem Englisch-Kanadier ein, Französisch zu reden. Die katholischen Französisch-Kanadier fühlen besonders auch ihre Religion und ihre ganze Kultur, die bis vor verhältnismässig kurzer Zeit eher ins 18. als ins 20. Jahrhundert gehörte, durch das Zusammenleben mit den protestantischen Englisch-Kanadiern bedroht. Dies um so mehr, als die moderne Wirtschaftsentwicklung Kanadas im wesentlichen von den englischsprechenden

Volksteilen getragen wird und sehr stark unter nordamerikanischem Einfluss steht. Erst neuerdings beteiligen sich die Französisch-Kanadier bewusst an der Industrialisierung und Verstärkung, die auch ihre Provinz ergriffen hat.

Einen Wendepunkt in dieser Entwicklung stellte der grosse Wahlsieg der Liberalen Partei von Quebec unter Jean Lesage im Jahr 1960 dar. «Il faut que ça change» war ihr Losungswort, und die neue Regierung machte es auch wahr durch zum Teil recht tief einschneidende Reformen auf dem Gebiete der Wirtschaft, des Schulwesens (das vorher ganz von der katholischen Kirche beherrscht gewesen war) und der Verwaltung, die planmässig auf grössere Unabhängigkeit von der Bundesverwaltung hindrängt.

Die eigentlich separatistische Bewegung unterstützt und übersteigert die Begehren der Gemässigten, hat aber im Ganzen nur geringes Gewicht und wenig Zukunftsaussichten. Wie Professor Frank L. Wilson im «Western Political Quarterly» (März 1967), der grossen, in Utah herauskommenden akademischen Zeitschrift, feststellt, ist die Separatistenbewegung «mehr intellektuell als volkstümlich, mehr bürgerlich als proletarisch. Das neue Bürgertum, das von der neuen Industrialisierung erzeugt wurde, liefert das Rückgrat für die Unabhängigkeitsbewegung.» Es fehlt dieser auch sehr an Einheitlichkeit, an programmatischer Klarheit und an einer achtunggebenden Führung, so dass ihre Ausbreitungsmöglichkeiten recht begrenzt scheinen. Die Furcht vor den Vereinigten Staaten spielt jedenfalls weder bei den Separatisten noch bei den gemässigten Autonomieanhängern eine wesentliche Rolle mehr; eine Meinungsumfrage ergab unlängst sogar, dass 29 Prozent aller Kanadier für eine vollständige Vereinigung mit den USA sind. General de Gaulle, der die Kanadier vor dem nachbarlichen «Koloss» warnen zu müssen glaubte, war also auch hier sichtlich schlecht beraten.

Die Freundschaft Quebecs für Frankreich ist im übrigen noch sehr jung. Nach dem Verlust ihrer amerikanischen Kolonie zeigten die Franzosen wenig Interesse an Französisch-Kanada, das seinerseits mit dem aus der Revolution von 1789 hervorgegangenen «Mutterland» wenig Gemeinsames behielt. Erst das Wiederaufleben des französischen Gedankens in Quebec und de Gaulles Grossmachtsromantik in Europa brachte die beiden Länder wieder näher zusammen. André Malraux, der französische Kulturminister, ermutigte in einer Rede, die er im Jahr 1963 in Quebec hielt, sogar offen die Separatisten. «Frankreich braucht euch», rief er aus, «wir werden die nächste Kultur zusammen erbauen.» Und de Gaulle erweckte zum mindesten den Anschein, als verfolge er die gleiche Linie, so dass die Zurechtweisung, die ihm die kanadische Bundesregierung wegen dieser dreisten Einmischung in eine innerkanadische Auseinandersetzung erteilte, wohlverdient ist. Kanada wird ohne de Gaulle mit seinem Sprach- und Volkstumsproblem besser fertig werden als mit der fragwürdigen Hilfe des Generals.

Grösseres Entgegenkommen der englischsprechenden Kanadier an die Autonomiebegehren der Französisch-Kanadier vorausgesetzt, wird sich der kanadische Volksteil französischer Abstammung am natürlichsten innerhalb des neuen Kanada entfalten, das jetzt zur Nation im eigentlichen Sinn des Wortes herangewachsen ist.

Hugo Kramer